



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 190

10. FEBRUAR 2012

DENK' ICH AN DEUTSCHLAND



Liebe Leserinnen und Leser!

ich freue mich besonders, wenn ich mit dem Brief aus Berlin Vorurteile abbauen kann. Ein Vorurteil lautet, dass die Menschen in Deutschland zu wenig direkten Einfluss auf die Politikgestaltung haben. Ein zweites geht so: Politik sei bei uns zu oft kurzfristiges Problemlösen. Eine nachhaltige Perspektive käme oft zu kurz. Ich könnte viele Beispiele nennen, die zeigen, dass diese Vorurteile nicht stimmen. Ein Beispiel ist die neue Plattform „Dialog über Deutschlands Zukunft“. Hier können Bürger eigene Antworten auf drängende Zukunftsfragen direkt an die Regierung vermitteln.

Herzlichst, Ihr

Sie kennen das sicher auch. Der berufliche und private Alltag ist voll mit kleinen und großen Problemen. Oftmals knobelt man unbewusst über die Lösung dieser Probleme. Und manches Mal hat man tatsächlich eine gute Idee. Und doch ist diese Idee oft schnell wieder vergessen.

Vielleicht haben Sie sich z.B. schon einmal Gedanken darüber gemacht, wie man im eigenen Wohnviertel für mehr Sicherheit auf der Straße sorgen könnte. Oder Ihnen ist am Arbeitsplatz eine Idee gekommen, wie ihre Kollegen gesünder und motivierter arbeiten können. Möglicherweise sind Sie aber z.B. auch schon länger in der Kommunalpolitik aktiv und haben eine Idee, wie man Menschen besser an Politik beteiligen kann.

Sicher ist nicht jede Idee praktikabel. Aber auch in einer kleinen Idee kann großes Potential stecken. Das neue Internetportal „Dialog über Deutschland“ sorgt nun dafür, dass diese gute Ideen nicht verloren gehen.

Über dieses Forum können Bürger per Internet direkt mit der Bundesregierung in Kontakt treten und konkrete Ideen und Konzepte vorschlagen, wie Deutschland in Zukunft aussehen soll.

Insgesamt stehen drei Kernfragenstellungen im Zentrum. Die erste Frage lautet: Wie wollen wir zusammenleben? Dabei geht es um den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wie können wir z.B. kinderreicher und familienfreundlicher werden? Wie können Staat und Gesellschaft für mehr Sicherheit sorgen?

Die zweite Frage heißt: Wovon wollen wir leben? Hier gilt es zu überlegen, was Deutschlands Stärken auf dem Weltmarkt sind. Es geht darum, wie wir in Deutschland neugierig und innovativ bleiben können. Und drittens geht es auch um die Frage, wie wir in Zukunft lernen wollen: Wie sieht z.B. praktische Wertevermittlung aus? Wie kön-

nen wir alle besser hinzulernen – sowohl im Beruf als auch privat? Welche Rolle spielt das Internet? Und: Kann eigentlich auch die Gesellschaft als Ganzes hinzulernen?

Sollten Sie eine Antwort haben auf diese oder ähnliche Fragen, dann surfen Sie doch einfach mal bei www.dialog-ueber-deutschland.de vorbei. Dort haben Sie die Möglichkeit, ihre Idee zu posten und andere Ideen zu bewerten.

Die 10 Vorschläge mit den meisten Bewertungen werden ausgewählt. Ihre Antworten werden zu einem Gespräch mit Angela Merkel in das Bundeskanzleramt eingeladen. Gute Vorschläge aus dem Dialog können ihren Weg bis in die Ministerien finden.

Es wird viel darüber geklagt, dass Bürger heute keine Möglichkeit hätten, auf die Gestaltung von Politik Einfluss zu nehmen. Das Beispiel des Bürgerdialogs über Deutschlands Zukunft zeigt, dass diese Möglichkeiten sehr wohl vorhanden sind. Man muss diese Möglichkeiten aber auch nutzen. Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn ich Ihr Interesse geweckt habe.

VERFAHREN GEGEN KAS EINSTELLEN



Seit der Durchsuchung der Büroräume der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Kairo Ende Dezember 2011 behindern die ägyptischen Behörden die Arbeit der Stiftung.

Kürzlich wurde von ägyptischer Seite offiziell bekannt gegeben, dass gegen Mitarbeiter der Stiftung in Kairo Anklage wegen angeblicher verbotener Aktivitäten und illegaler Annahme von Geldern aus dem Ausland erhoben wurde.

Die Vorwürfe der ägyptischen Staatsanwaltschaft gegenüber der Stiftung sind haltlos. Das Vorgehen der ägyptischen Behörden ver-

letzt rechtstaatliche Prinzipien. Seit 30 Jahren fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Ägypten.

Vor diesem Hintergrund haben die Fraktionen von CDU, CSU und FDP einen gemeinsamen Antrag vorgelegt. In diesem Antrag, der auch von SPD und Grünen unterstützt werden soll, wird das Vorgehen der ägyptischen Behörden verurteilt.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, dass das Verfahren gegen die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in

Ägypten umgehend eingestellt wird und die deutschen politischen Stiftungen ihrer Arbeit ohne Einschränkungen und ungehindert nachgehen können.

Gegenüber allen Verantwortlichen muss die besondere Bedeutung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen für einen erfolgreichen Transformationsprozess in Ägypten hervorgehoben werden.

Für Deutschland ist die freie Betätigung der deutschen politischen Stiftungen von großer Bedeutung, gerade hinsichtlich einer weiteren Unterstützung der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ägyptens.

BESSERE INFRASTRUKTUR IN NIEDERSACHSEN



Wilhelmine Wulff / pixelio.de

Viele niedersächsische Verkehrsinfrastrukturprojekte werden in den nächsten Jahren bevorzugt umgesetzt werden können. Dafür sorgt die im Rahmen des Infrastrukturbeschleunigungsprogramms der christlich-liberalen Koalition vorgelegte Projektliste, die heute im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen worden ist.

Dazu zählt beispielsweise die A1 im Abschnitt Lohne/Dinklage bis Autobahndreieck Ahlhorner Heide oder

auch die B210 (Ortsumgehung Schortens).

Mittel zur Erhaltung werden u.a. in die A31 (Abschnitt Dörpen-Rede) investiert. Auch neue Maßnahmen wie bei der A7 (Abschnitt Bockenem-Seesen) oder der B68 (Ortsumgehungen Essen und Badbergen) profitieren von Investitionen.

Im Bereich des Schienenverkehrs profitieren z.B. die Bahnhöfe in Fallersleben, Lüneburg, Jever oder in Großburgwedel von den ge-

planten Modernisierungs- bzw. Instandhaltungsmaßnahmen. Auch die Bahnhöfe Hannover-Flughafen und Hannover-Messe-Laatzten sind für solche Investitionen vorgesehen. Ferner wird der Nord-Ostseekanal vom Programm profitieren.

Das Infrastrukturbeschleunigungsprogramm wird ein großer Erfolg für Niedersachsen sein. Es zeigt, wie sehr sich vor allem die niedersächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten für die Verkehrsinfrastruktur in ihrer Heimat einsetzen.

SCHÜLER BESUCHEN MGB

Eine Schülergruppe der Realschule Winsen-Roydorf hat in dieser Woche Berlin besucht.

Auf dem Programm stand für die 10.-Klässler auch ein Gespräch mit ihrem Abgeordneten Michael Grosse-

Brömer.

Michael Grosse-Brömer berichtete aus seinem politischen Alltag und erklärte den Schülern, wie sich bundespolitische Entscheidungen auf den Landkreis Harburg auswirken.

TERMINAUSWAHL

- 15.02. Besuch der Volkswagen AG in Wolfsburg
- 16.02. Gespräch mit André Wiese, Bürgermeister der Stadt Winsen
- 20.02. Sitzung Kreisvorstand CDU Harburg-Land
- 22.02. Politischer Aschermittwoch der CDU Tostedt

